

Vorlage		Vorlage-Nr:	FB 11/0380/WP17
Federführende Dienststelle: Fachbereich Personal und Organisation		Status:	öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		AZ:	FB 11/101
		Datum:	19.12.2019
		Verfasser:	Frau Bläsius
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 05.12.2019 (öffentlicher Teil)			
Beratungsfolge:			
Datum	Gremium	Zuständigkeit	
16.01.2020	Personal- und Verwaltungsausschuss	Entscheidung	

Beschlussvorschlag:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 05.12.2019 (öffentlicher Teil).

Anlage/n:

Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 05.12.2019 (öffentlicher Teil)

N i e d e r s c h r i f t
öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Personal- und
Verwaltungsausschusses

20. Dezember 2019

Sitzungstermin:	Donnerstag, 05.12.2019
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:20 Uhr
Ort, Raum:	Verwaltungsgebäude Katschhof Zimmer 305, Katschhof, 52058 Aachen

Anwesende:

Ratsfrau Daniela Parting

Ratsfrau Ellen Begolli

Ratsherr Ahmethicri Agirman

Ratsfrau Elke Eschweiler ab TOP 3

Ratsherr Wilhelm Helg Vertretung für: Ratsfrau Sigrid Moselage

Ratsherr Lars Lübben

Ratsfrau Claudia Plum

Ratsherr Michael Servos ab TOP3

Herr Thomas Buhr

Herr Ludger Eickholt

Frau Annika Fohn

Frau Jana Keller

Frau Ute Nußbaum ab TOP 3

Abwesende:

Ratsfrau Sigrid Moselage entschuldigt

als Teilnehmer der Verwaltung:

Herr Armin Bergstein	FB 32
Herr Michael Castillo	B 17
Frau Monika Clemens	FB 63
Frau Katharina Gussmann	FB 11
Herr Berthold Hammers	FB 11
Frau Cornelia Hassiepen	FB 11
Frau Verena Klümpen	FB 11
Herr Marlon Knops	Dez. V
Herr Dr. Markus Kremer	Dez. V
Frau Bettina Kuca	FB 12
Herr Marc Neumann	Dez V
Herr Manfred Offergeld	FB 63
Frau Katja Oldenburg	FB 11
Herr Wolfgang Pauels	Dez. I
Herr Frank Reiner	FB 11
Frau Karina Schavan	B 17
Frau Melanie Spiegelberg	FB 11
Herr Niklas Welsch	FB 11 /Auszubildender
Herr Karlheinz Welters	GPR
Herr Wolfgang Zimmermann	FB 11

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der öffentlichen Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 10.10.2019 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 11/0365/WP17

- 3 **Vorstellung des Gesundheitsberichtes 2018**
Vorlage: FB 11/0370/WP17

- 4 **Neuer Zugangsweg zur Berufsfeuerwehr über die Ausbildung als Notfallsanitäter*in**
Vorlage: FB 11/0369/WP17

- 5 **Digitale Strategie der Stadt Aachen**
Vorlage: Dez. I/0010/WP17

- 6 **Haushaltsplanberatungen 2020**
Vorlage: FB 11/0367/WP17

- 7 **Stellenplan 2020**
- 7.1 **Stellenplan 2020 und Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen 2020 (2. Lesung)**
Vorlage: FB 11/0368/WP17

- 7.2 **Einrichtung von zwei Stellen für Schulsozialarbeiter*innen in der Abteilung Jugend des Fachbereichs Kinder, Jugend und Schule (FB 45)**
Vorlage: FB 11/0371/WP17

- 7.3 **Einrichtung von drei Vollzeitstellen für den Fachbereich Bauaufsicht (FB 63) zur Wahrnehmung der Aufgaben für das Universitätsklinikum Aachen**
Vorlage: FB 11/0372/WP17

- 8 **Mitteilungen der Verwaltung**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der öffentlichen Sitzung

Frau Parting eröffnet um 17:00 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Es werden keine Anträge auf Änderung bzw. Ergänzung der Tagesordnung gestellt. Die Ausschussmitglieder beschließen die bestehende Tagesordnung einstimmig.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 10.10.2019 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 11/0365/WP17

Wortmeldungen ergeben sich zu diesem Tagesordnungspunkt nicht.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt mit 2 Enthaltungen aufgrund Nichtanwesenheit.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 10.10.2019 (öffentlicher Teil).

zu 3 Vorstellung des Gesundheitsberichtes 2018

Vorlage: FB 11/0370/WP17

Herr Dr. Kremer führt kurz in das Themenfeld ein. Bereits in der letzten Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses am 10.10.2019 habe er auf die Veröffentlichung des Gesundheitsberichtes 2018 hingewiesen und eine Kurzvorstellung dieses Berichtes im Rahmen einer Präsentation für die heutige Sitzung angekündigt.

Vorweg informiert Frau Spiegelberg die Ausschussmitglieder über die gerade veröffentlichte Broschüre „Wegweiser interner Angebote“ für Mitarbeiter*innen. Mit dem Wegweiser stellten Akteure aus dem Bereich Arbeitssicherheit und Arbeitsmedizin sowie dem Fachbereich Personal- und Organisation und den Mitbestimmungsgremien zahlreiche interne Hilfsangebote für Mitarbeiter*innen zu Themen rund um Arbeit, Gesundheit und Soziales vor.

Sodann führen Frau Spiegelberg und Herr Castillo gemeinsam durch die Präsentation. Für die Arbeitssicherheit und die Arbeitsmedizin bestehe die Verpflichtung, regelmäßig über ihre Aktivitäten zu berichten. Mit dem vorliegenden Bericht, bei dem es sich um ein Gemeinschaftswerk aller zuständigen Akteure handele, sei darüber hinaus der Anspruch, über die Aktivitäten im Gesundheitsmanagement zu referieren, erfüllt worden. Neben allgemeinen Informationen enthalte der Bericht entsprechende Kennzahlen zur städtischen Gesundheitsquote und zum aktuellen Unfallgeschehen, er lege die Schwerpunkte der Gremienarbeit dar, beschreibe aktuelle Projekte im Arbeits- und Gesundheitsschutz und enthalte die Tätigkeitsberichte aus dem Jahr 2018 der einzelnen Professionen.

Die Organisation von Sicherheit und Gesundheit obliege dem Fachbereich Personal- und Organisation (Koordination Arbeitsschutz / Betriebliches Eingliederungsmanagement / Betriebliches Gesundheitsmanagement (GesuV) / Gewaltprävention). Die fachliche Unterstützung und Beratung erfolge durch den Bereich Arbeitssicherheit und Arbeitsmedizin (Arbeitssicherheit _ Fachkräfte Arbeitssicherheit/Verwaltung und Mobiliar/Team Elektroprüfungen - Arbeitsmedizin _ Betriebs-ärzte/innen und sozialpsychologische Mitarbeiterberatung).

Der Arbeitskreis Gesundheit und Arbeit setze sich, unter Leitung von Herrn Hammers, aus Teilnehmenden des B 17 (Expert*innen), Projektleitungen, Mitgliedern aus Mitbestimmungsgremien und Vertreter*innen der Eigenbetriebe zusammen. Das Kompetenzteam Gesundheit sei für das Projektmanagement und die operative Umsetzung zuständig. Gesundheitsthemen würden inhaltlich zusammengeführt und Arbeitsaufträge für die Projektgruppen formuliert. Die Projektgruppen setzten sich je nach Thema und Projektauftrag individuell zusammen. Die Gesunde Verwaltung koordiniere und plane dabei die Kommunikation und Kooperation zwischen den einzelnen Akteuren. Abschließend wurden die Themenschwerpunkte 2017/2018 des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in den Bereichen B 17 und FB 11 kurz skizziert sowie ein Ausblick auf aktuelle und zukünftige Themenfelder gegeben. Sorge mache bzw. anzumerken sei, die Entwicklung der Anzahl der langzeiterkrankten Mitarbeiter*innen. Ein großer Anteil der Langzeiterkrankungen könne auf psychische Erkrankungen durch private und berufliche Überlastung und Stress zurückgeführt werden; dies stelle ein Abbild der Gesellschaft dar. Gesundheitsbezogene Maßnahmen erreichten in der Regel anwesende bzw. kurzzeiterkrankte Mitarbeiter*innen, sodass eine gesonderte Betrachtung von Langzeiterkrankten erforderlich erscheine. Die entsprechende Entwicklung eines geeigneten Maßnahmen- und Handlungskataloges stehe aktuell im Fokus und sei bereits eingeleitet worden.

Im Anschluss an die Präsentation spricht Frau Eschweiler der Verwaltung ihren Dank aus. Die Vielzahl der vorgestellten Möglichkeiten bzw. Maßnahmen lasse kein Feld aus und zeige den intensiven Arbeitseinsatz in diesem Aufgabenspektrum. Im Besonderen brauche es verwaltungsseits einen langen Atem und viel Geduld, den Krankenstand langzeiterkrankter Mitarbeiter*innen zu eruieren und entsprechend zu reduzieren. Die Umsetzung bedarfsgerechter Maßnahmen in diesem Bereich brauche Zeit und diese müsse der Verwaltung gewährt werden.

Herr Lübben spricht der Verwaltung ebenfalls seinen Dank aus. Er erkundigt sich, für welche Methode bzw. Verfahren (Befragung über Interview oder Onlinebefragung) die Verwaltung sich zur Erhebung der psychischen Belastungsfaktoren entschieden habe.

Frau Spiegelberg und Herr Castillo erläutern gemeinsam, dass der Projektauftrag darin gelegen habe, der Verwaltung ein geeignetes rechtssicheres Vorgehen und mögliche Instrumente in unterschiedlicher Analysetiefe zur Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen inklusive der Prozessbeschreibung und der Dokumentation zu unterbreiten. In der nun beginnenden Erprobungsphase habe man sich in der ersten Phase für eine Befragung der ausgewählten Pilotbereiche über Interviews, die von fachkundigen Personen durchgeführt und dokumentiert würden, entschieden.

Frau Begolli hebt hervor, dass sie den Berichtsinhalt spannend finde und der Verwaltung der Aufbau des Berichts gut gelungen sei. Bezüglich der beabsichtigten Digitalisierungsprozesse frage sie an, wie die Verwaltung den Schutz dieser persönlichen Daten sicherstelle.

Frau Spiegelberg und Herr Castillo erläutern, dass bei der Dokumentation der Daten selbstverständlich in enger Abstimmung mit dem städtischen Datenschutzbeauftragten die gesetzlichen Bestimmungen des Datenschutzes eingehalten würden.

Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen zum Gesundheitsbericht 2018 zur Kenntnis.

**zu 4 Neuer Zugangsweg zur Berufsfeuerwehr über die Ausbildung als Notfallsanitäter*in
Vorlage: FB 11/0369/WP17**

Herr Dr. Kremer erläutert, dass in dieses Themenfeld aktuell sehr viel Bewegung gekommen sei. Gemäß der Berichterstattung in der Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses am 06.12.2018 habe über die Einführung neuer Zugangsstrukturen in einem ersten Schritt der Abbau des bestehenden Personaldefizits im Einsatzdienst eingeleitet werden können. Die Chance eines großen Durchbruchs sehe die Verwaltung darin, dass ab dem nächsten Jahr neben den zwei Grundausbildungslehrgängen für Brandmeister-Anwärter*innen (Beginn jeweils im April und Oktober) flankierend ein neuer Zugangsweg zur Berufsfeuerwehr über die Ausbildung zum/r Notfallsanitäter*in geschaffen werde. Derzeit könne die Feuerwehr bei Schüler*innen, die sich in der Berufsorientierung befänden, nicht mit direkten Einstiegsmöglichkeiten werben. Über den Zugang zur Ausbildung zum/r Notfallsanitäter*in könne die Verwaltung ganz neue Zielgruppen für den Feuerwehrberuf ansprechen bzw. erschließen und damit die Rekrutierungsbasis erheblich erweitern. Insbesondere eröffne das neue Berufsbild nun die Möglichkeit, interessierte Schulabsolvent*innen direkt nach dem Schulabschluss anzusprechen und als Nachwuchs gewinnen zu können. Zudem erhöhe sich voraussichtlich der Frauenanteil der Feuerwehr, da die Ausbildung zur Notfallsanitäterin möglicherweise mehr Frauen anspreche, als dies bei den meisten handwerklichen Ausbildungen der Fall sei. Da der Beginn der neuen Ausbildung erst zum 01.10.2020 erfolge, würden die anteiligen Kosten 2020 aus dem Personalkostenverbund getragen. Die Kosten ab 2021 ff. seien bereits für den Haushalt 2020 entsprechend angemeldet worden.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Einführung einer neuen städtischen Ausbildung als Notfallsanitäter*in zur Kenntnis.

zu 5 Digitale Strategie der Stadt Aachen

Vorlage: Dez. I/0010/WP17

Herr Dr. Kremer führt aus, dass die Aktualisierung der „Digitalen Strategie“ im Rahmen einer gemeinsamen Sondersitzung der interfraktionellen Arbeitskreise IT des Personal- und Verwaltungsausschusses und des Ausschusses für Arbeit, Wirtschaft und Wissenschaft am 12.11.2019 vorabgestimmt und einer einstimmigen Abschlussbekundung zugeführt worden sei. Die Ergebnisse des Austausches seien seitens Herrn Pauels (Dezernat I) und Herrn Neumann (Dezernat V) in die nun vorliegende Version eingearbeitet worden. Aktuell gebe es noch einen weiteren politischen Änderungswunsch zum Themenfeld „Bürgerpartizipation“ mit der Bitte, diesen vor abschließender Beschlussfassung des Rates der Stadt in seiner Sitzung am 11.12.2019 noch in die „Digitale Strategie“ einfließen zu lassen. Der Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft und Wissenschaft, welcher bereits am 27.11.2019 getagt habe, sei diesem Änderungsvorschlag jedoch in seiner Beschlussfassung nicht nachgekommen. Er werbe jedoch an dieser Stelle bei den Ausschussmitgliedern um Aufnahme der im Anschluss von Herrn Neumann mündlich vorgetragenen Ergänzungen in die Digitalisierungsstrategie. Herr Neumann liest wie folgt vor:

Seite 4 „01 Einführung“

- Bei Unterpunkt „Ziele der verwaltungsinternen Digitalisierung (eGovernment) sind: Erweiterung (unterstrichen) des ersten Spiegelstriches um „[...] Unternehmen unter Beteiligung derselben“
- Bei Unterpunkt „Über die Stadtverwaltung hinaus sind unsere Ziele (Smart City)“ Hinzufügen des Punktes: „Ausführliche, transparente Information der Öffentlichkeit über und Beteiligung der Bürgerschaft an der Digitalen Agenda“.

Herr Servos betont nach Anhörung des Änderungsvorschlages, dass die Ergänzungen seines Erachtens hinsichtlich ihres Inhaltes kein Problem darstellten. Er habe sich jedoch von der Verwaltung zumindest eine Vorabinformation über die gewünschten Änderungen -beispielsweise per E-Mail- gewünscht. Die nun beabsichtigte Vorgehensweise finde nicht seine Zustimmung, da sie die bisher gute interfraktionelle Zusammenarbeit schädige. Zudem sei das Thema Bürgerbeteiligung so wichtig, dass diesem Aspekt im nächsten Jahr ein Themenblock zur gemeinsamen Befassung im Arbeitskreis IT eingeräumt werden müsse und die Ergebnisse entsprechend in der nächsten Fortschreibung der „Digitalen Strategie“ aufgenommen werden sollten.

Frau Eschweiler unterstreicht, dass sie sich den Ausführungen von Herrn Servos in Gänze anschließe. Auch sie habe sich gewünscht, dass die Ergänzungen vorab an die Ausschussmitglieder kommuniziert worden wären. Zudem habe man sich bewusst für eine Strategie entschieden, welche als Leitfaden diene und somit regelmäßige Fortschreibungen impliziere. Die Beendigung der vorangehenden Diskussion sehe sie auf anderer Ebene. Zum jetzigen Zeitpunkt müsse die Verwaltung vorrangig -auch zur Gewährleistung der Fördermittelabrufe- entsprechend zu Projektabschlüssen kommen.

Herr Lübben weist darauf hin, dass er dem interfraktionellen Arbeitskreis IT nicht beisitze. Es sei ihm jedoch bekannt, dass die Bürgerbeteiligung als eine elementare Zielvorgabe in jeder Sitzung thematisiert worden sei.

Herr Buhr merkt an, dass auch innerhalb seiner Fraktion die Themenfelder Bürgerbeteiligung und Datenschutz kontrovers diskutiert worden seien. Zudem sehe er es als hehres Ziel an, dass die Stadt Aachen sich bundesweit unter die TOP 10 der „Smart Cities“ etabliere.

Abschließend hebt Herr Servos noch einmal die gute Arbeit im Rahmen der Erarbeitung der Digitalisierungsstrategie hervor. Man sei bei Weitem noch nicht am Ende angekommen; zumal es sich bei der Strategie um ein „lebendes“ Papier handele. Aus diesem Grund schlage er -wie bereits erwähnt- vor, dass der Arbeitskreis IT in gemeinsamer Befassung in der nächsten Überarbeitung bzw. Fortschreibung der Digitalisierungsstrategie die gewünschten Aspekte aufgreift.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss empfiehlt auf Vorschlag des Oberbürgermeisters dem Rat der Stadt Aachen, das Strategiepapier „Aachen digitalisiert! – Digitale Strategie der Stadt Aachen“ zu beschließen. Er empfiehlt, die Verwaltung zu ermächtigen, von der Digitalisierungsstrategie umfasste Maßnahmen (insbesondere der Roadmap) im Rahmen der zur Verfügung stehenden Förder- und Haushaltsmittel umzusetzen.

zu 6 Haushaltsplanberatungen 2020

Vorlage: FB 11/0367/WP17

Frau Parting und Frau Eschweiler weisen darauf hin, dass die Anregung der Großen Koalition zur Erhöhung des Kostenansatzes der bezirklichen Geschäftsaufwendungen um 1.500 € nicht von allen Bezirksvertretungen in ihren jeweiligen Beschlüssen zu den Haushaltsplanberatungen 2020 aufgenommen worden seien. Zudem fehle ein entsprechender Beschluss der Bezirksvertretung Aachen-Mitte gänzlich. Frau Eschweiler stellt somit an dieser Stelle gegenüber dem Haushaltsplanentwurf 2020 und der Veränderungsnachweisung zusätzlich den nachfolgenden Änderungsantrag der Großen Koalition:

➤ Antrag

Einheitliche Erhöhung der Geschäftsaufwendungen (Bezirk 0 bis Bezirk 6)

Veränderung 2020	Veränderung 2021	Veränderung 2022	Veränderung 2023
1.500 €	1.500 €	1.500 €	1.500 €

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt den Antrag einstimmig.

Herr Lübben stellt gegenüber dem Haushaltsplanentwurf 2020 und der Veränderungsnachweisung zusätzlich im Rahmen einer Tischvorlage zwei Änderungsanträge der Fraktion GRÜNE:

➤ Antrag (1)

Instandhaltung sowie barrierefreie und energetische Sanierung Welthaus

Ansatz 2020	VE	Planung 2021	Planung 2022	Planung 2023
200.000 €	400.000 €	400.000 €		

Nach einer kurzen unter Beteiligung von Herrn Servos und Frau Begolli geführten Diskussion, mit dem Hinweis zum einen, dass in diesem Themenfeld in technischen Belangen der Betriebsausschuss Gebäudemanagement zuständig sei und zum anderen, dass diesem Ausschuss bereits ein entsprechender Ratsantrag der Fraktion LINKE vorliege, zieht Herr Lübben den Antrag (1) zurück.

➤ Antrag (2)

Sanierung Neues Kurhaus

Ansatz 2020	VE	Planung 2021	Planung 2022	Planung 2023
Kürzung des Kostenansatzes auf 0 €				

Herr Lübben erläutert, dass die Maßnahme aufgrund der noch nicht abgeschlossenen Investorensuche zunächst nicht weiter zu verfolgen sei. Herr Servos bittet an dieser Stelle nochmals um Beachtung, dass konsumtive Haushaltsmittel nicht als investive Haushaltsmittel ausgegeben würden.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss lehnt den Antrag (2) mit 10 Gegenstimmen bei 3 Zustimmungen ab.

Abschließend merkt Frau Begolli an, dass auf ihr Hinwirken im Rahmen der Veränderungsnachweisung 2020 nunmehr wieder Mittel in Höhe von 3.500 € für den alle 2 Jahre durch die Personalvertretung organisierten Betriebsausflug berücksichtigt würden, da die Verwaltung eine entsprechende Anmeldung für 2020 versäumt habe.

Weitere Änderungsanträge werden nicht gestellt.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt den nachfolgend geänderten Beschluss einstimmig.

Beschluss:

Ausschuss	Gegenstand der Beratung
Personal- und Verwaltungsausschuss	Produkt 010401, 010603, 010604, 010801 bis 010807, 011001 bis 011003, 011101, 011901 bis 011906, 020101, 020201, 020702, 021001, 021101 und 021401 sowie die zentral von FB 11 veranschlagten Personal- und Versorgungsaufwendungen

Beschlussvorschlag:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen, die Teilergebnispläne bzw. die Teilfinanzpläne sowie die Produktblätter der oben genannten Produkte und die von FB 11 zentral veranschlagten Aufwendungen bzw. Auszahlungen für Personal und Versorgung entsprechend des Haushaltsplanentwurfes 2020 einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung sowie den zu fassenden Einzelveränderungen der nachfolgenden Vorlagen und zudem die in der Veränderungsnachweisung aufgeführten Produktsachkonten und Produktblätter für den Haushalt 2020 zuzüglich der vorweg beschlossenen ergänzenden Veränderung zu beschließen.

zu 7 Stellenplan 2020**zu 7.1 Stellenplan 2020 und Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen 2020 (2. Lesung)****Vorlage: FB 11/0368/WP17**

Herr Dr. Kremer stellt den Mitgliedern des Ausschusses kurz die Inhalte der Vorlage im Rahmen einer Präsentation vor. Er betrachtet nochmals rückblickend den Entstehungs- bzw. Verfahrensverlauf des Stellenplans 2020 und erläutert die Veränderungen zum Stellenplanentwurf 2020, welche heute dem Ausschuss in Form einer 2. Lesung vorlägen. Seit der Aufstellung des Stellenplanentwurfes 2020 seien im Bereich der Allgemeinen Verwaltung weitere 23,0 Stellen einzurichten. Von den insgesamt 23,0 neuen Stellen entfielen 4,5 auf Pflichtaufgaben. 18,5 Stellen sollten zur Wahrnehmung von „freiwilligen“ Aufgaben eingerichtet werden. Demgegenüber stehe eine Einsparung von 11,0 Stellen. Summarisch betrachtet ergäben sich für den Stellenplan 2020 gegenüber dem eingebrachten Stellenplanentwurf 2020 somit 12,0 zusätzliche Mehrstellen. Die in Ansatz gebrachten Kosten für die 23,0 neuen Stellen und sonstigen Bedarfe, insbesondere für die Verlängerung von kw-Vermerken beliefen sich in 2020 insgesamt auf 1.796.800 €. Hiervon bezögen sich 646.800 € auf Projektstellen, welche nicht dem Personalkostenverbund anzurechnen seien. Von den Gesamtkosten entfielen somit 1.150.000 € auf Stellen, welche aus dem Personalkostenverbund finanziert würden. Unter Anrechnung von Stelleneinsparungen und aufgrund von erwarteten Personalkostenerstattungen für den Zensus und Fördermitteln im Rahmen der Projekte „Digitale Modellregion“ verbleibe ein ungedeckter Mittelbedarf in Höhe von 280.100 €. Mit heutigem Stand ergäben sich gegenüber dem Stellenplan 2019 somit 84,0 neue Stelleneinrichtungen. Die Kosten für diese Stellen und sonstigen Bedarfe beliefen sich auf 6.545.700 € im Haushalt 2020. Hiervon entfielen 2.476.700 € auf Projektstellen, die nicht über den Personalkostenverbund anzurechnen seien. Dem ermittelten Mehraufwand für den Personalkostenverbund stehe in einer Vielzahl von Fällen eine Refinanzierung aufgrund von

Gebühreneinnahmen, Personalkostenerstattungen und Fördermitteln für die Projekte der „Digitalen Modellregion“ sowie Mehrerträgen in Höhe von 643.000 € gegenüber. Es verbleibe ein ungedeckter Betrag in Höhe von 1.736.000 €. Mit Verweis auf die umfassende Berichterstattung in der Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses am 10.10.2019 über die Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen 2020 des Personalkostenverbundes belaufe sich das Gesamtvolumen des Personalkostenverbundes im Haushaltsplanentwurf 2020 nunmehr auf 249.250.000 €. Hiervon entfielen 205.528.400 € auf Personalaufwendungen und 43.721.600 € auf Versorgungsaufwendungen. Unter Einbeziehung der ersten Veränderungsnachweisung erhöhten sich die Aufwendungen für Personal- und Versorgungsaufwendungen auf insgesamt 250.253.800 € für das Jahr 2020. Darin enthalten seien die Mehraufwendungen für die zwölf Ausbildungsstellen Notfallsanitäter im FB 37 und für die zwei Stellen Schulsozialarbeit im FB 45, welche in der heutigen Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses beraten würden. Darüber hinaus seien bereits die finanziellen Mittel für die einzurichtenden Stellen zur Planung und Umsetzung des Radentscheides (FB 36 und FB 61), die am 16.01.2020 in diesem Ausschuss behandelt werden sollten, vorsorglich berücksichtigt. Abschließend gebe er einen Ausblick auf die weiteren Stelleneinrichtungen, welche sowohl -wie bereits erwähnt- noch einer Beratung in der heutigen Sitzung als auch in der nächsten Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses zugeführt würden.

Abschließend merke er -mit Blick auf die beabsichtigte Stelleneinrichtungsvorlage zur Umsetzung des Bürgerbegehrens „Radentscheid Aachen“, welche den Mitgliedern des Ausschusses in der nächsten Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses zur Beratung vorgelegt werde- an, dass auch mit Auswirkungen auf den Personalbedarf des Aachener Stadtbetriebes zu rechnen sei und dort entsprechend nachgezogen werden müsse. Die abschließende Personalbemessung erfolge in den nächsten Wochen durch das Organisationsmanagement des Fachbereiches Personal und Organisation. Die Stellen würden selbstverständlich nur nach Bedarf und Fortschritt eingerichtet.

Im Anschluss an die Präsentation bedankt sich Herr Servos für den Vortrag. Die Darstellung des Stellenplans 2020 und der Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen 2020 spiegele die tolle Arbeit der Verwaltung wider. Das praktizierte Stelleneinrichtungsverfahren habe die Politik in eine gute Entscheidungslage versetzt. Es hätten politischerseits wichtige Signale -beispielsweise im Rahmen der Umsetzung des Bürgerbegehrens „Radentscheid Aachen“ und des Teilhabechancengesetzes sowie der Rekommunalisierung des Winterdienstes- gesetzt werden können, welche natürlich aus dem Stellenplan als solchem nicht hervorgingen. Auch hierfür spreche er der Verwaltung noch einmal seinen Dank aus. Im Weiteren weise er auf den vorbereiteten Entwurf des geänderten Beschlussvorschlages hin, welcher allen Mitgliedern als Tischvorlage vorliege. Die Große Koalition beantrage in der heutigen Sitzung bereits die Ergänzung des Beschlussvorschlages um:

- Stelleneinrichtungsantrag (1)
Einrichtung von 2,0 Stellen im Fachbereich Umwelt (FB 36) mit dem inhaltlichen Schwerpunkt „Baumpflanzungen“.

Herr Lübben erläutert, dass die Fraktion GRÜNE drei Ergänzungen im Rahmen einer Tischvorlage beantrage.

➤ Stelleneinrichtungsantrag (1)

Einrichtung von 2,0 Personalstellen für Projektmanagement Baumbepflanzungen im Stadtgebiet

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt die inhaltsgleichen Stelleneinrichtungsanträge (1) der Großen Koalition und der Fraktion GRÜNE einstimmig.

➤ Stelleneinrichtungsantrag (2)

Einrichtung von Stellen für den Einsatz von IT-Hausmeister*innen an Aachener Schulen

Herr Lübben führt ergänzend aus, dass seine Fraktion einen entsprechenden Ratsantrag (Nr. 563/17) eingereicht habe. Die Verwaltung solle durch den Rat der Stadt Aachen beauftragt werden, den Einsatz von IT-Hausmeister*innen an Schulen in einem Pilotversuch zu erproben. Eine entsprechende Befassung des Schulausschusses mit dem Antrag stehe noch aus.

Herr Servos merkt an, dass der Service für die an den Schulen eingesetzte IT-Ausstattung im Rahmen einer Supportvereinbarung zwischen Land und Kommunen geregelt sei. Demnach seien die dort beschriebenen Tätigkeiten des First-Level-Supports eine Aufgabe der Schulen (Medienbeauftragte) und somit eine Landesaufgabe. Die Übernahme dieser Landesaufgaben durch städtische Mitarbeiter*innen halte er nicht für sinnvoll, zudem dadurch -mit Blick auf die Aufgabenfelder der Kommunen im Bereich des Second-Level-Supports- nur noch mehr Schnittstellen geschaffen würden. Er schlage daher vor, dass die Verwaltung die Möglichkeit überprüfe, inwieweit eine Bereitschaft der regio IT bestehe, die entsprechenden Stellen für „IT-Hausmeister*innen“ dort einzurichten.

Herr Eickholt betont abschließend, dass die Schulen wirklich Not litten. Er plädiere aus diesem Grund dafür, dass man gemeinsam nach möglichen Umsetzungsmodellen suche.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss lehnt den Stelleneinrichtungsantrag (2) mit 10 Gegenstimmen bei 2 Zustimmungen und 1 Enthaltung ab.

➤ Stelleneinrichtungsantrag (3)

Einrichtung von 3,0 Personalstellen für Projektmanagement Schulreparaturprogramm / Sanierung Schulen.

Herr Lübben merkt an, dass er nach der Beantwortung einer Klärungsfrage durch Herrn Dr. Kremer und Herrn Brötz in Bezug auf eine mögliche inhaltliche Verzahnung zur beabsichtigten Stelleneinrichtungsvorlage zur Umsetzung von Maßnahmen mit der Wiedereinführung von G 9 in der nächsten Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses, den Stelleneinrichtungsantrag (3) aufrecht erhalte. Frau Eschweiler weist an dieser Stelle auch auf eine Berichterstattung zu diesem Thema im Hauptausschuss hin. Verzögerte Reparatur- bzw. Sanierungsarbeiten im Rahmen des Schulreparaturprogramms lägen nicht im Verschulden städtischer Mitarbeitenden.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss lehnt den Stelleneinrichtungsantrag (3) mit 11 Gegenstimmen bei 2 Zustimmungen ab.

Frau Begolli betont, dass der Blick auf die Personalentwicklung -bis auf wenige Bereiche, in welchen es brenne, erfreulich sei. Bezugnehmend auf die Stelleneinrichtungsvorlage zur Schulsozialarbeit sehe sie aufgrund falscher Prioritätensetzung den Bedarf zur Einrichtung von 2,0 zusätzlichen Stellen für Schulsozialarbeiter*innen.

Herr Dr. Kremer und Herr Servos legen gemeinsam dar, dass die Verwaltung mit der vorliegenden Stellenrichtungsvorlage bereits dem einstimmig gefassten Empfehlungsbeschluss des Kinder- und Jugendausschuss in seiner Sitzung am 05.11.2019 Folge leiste.

Frau Plum merkt ergänzend an, dass nunmehr akute Bedarfe abgedeckt worden seien und darüber hinausgehende Bedarfe im Rahmen des regulären Stelleneinrichtungsverfahrens 2020 beantragt werden könnten.

Frau Begolli teilt mit, dass sie aufgrund der vorangegangenen Ausführungen von einem Stelleneinrichtungsantrag Abstand nehme.

Weitere Stelleneinrichtungsanträge werden nicht gestellt.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt den nachfolgend geänderten Beschluss einstimmig.

Beschluss:

Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters empfiehlt der Personal- und Verwaltungsausschuss vorbehaltlich weiterer Beschlüsse dem Rat der Stadt, den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2020 auf der Grundlage des Stellenplanentwurfes 2020 (s. Anlage 1), ergänzt durch den Veränderungsnachweis 29.10.2019 (s. Anlage 3 der Vorlage), mit folgender Ergänzung zu beschließen:

- Einrichtung von 2,0 Stellen im Fachbereich Umwelt (FB 36) mit dem inhaltlichen Schwerpunkt „Baumpflanzungen“.

Zudem nimmt der Personal- und Verwaltungsausschuss die Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen 2020 zur Kenntnis.

zu 7.2 Einrichtung von zwei Stellen für Schulsozialarbeiter*innen in der Abteilung Jugend des Fachbereichs Kinder, Jugend und Schule (FB 45)

Vorlage: FB 11/0371/WP17

Wortmeldungen ergeben sich zu diesem Tagesordnungspunkt nicht.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Auf Vorschlag des Kinder- und Jugendausschusses und nach Stellungnahme der Fachverwaltung empfiehlt der Personal- und Verwaltungsausschuss dem Rat der Stadt Aachen, im Rahmen des

Stellenplans 2020 zwei zusätzliche Stellen für Schulsozialarbeiter*innen, ausgewiesen nach EG S 11b TVöD SuE, in der Abteilung Jugend des Fachbereichs Kinder, Jugend und Schule einzurichten.

zu 7.3 Einrichtung von drei Vollzeitstellen für den Fachbereich Bauaufsicht (FB 63) zur Wahrnehmung der Aufgaben für das Universitätsklinikum Aachen

Vorlage: FB 11/0372/WP17

Wortmeldungen ergeben sich zu diesem Tagesordnungspunkt nicht.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters empfiehlt der Personal- und Verwaltungsausschuss dem Rat der Stadt Aachen, für den Stellenplan 2020 die Einrichtung von drei Vollzeitstellen im Fachbereich Bauaufsicht zur Wahrnehmung der Aufgaben für das Universitätsklinikum Aachen, ausgewiesen nach Besoldungsgruppe A 11 LBesO A (2,0 Stellen) bzw. A 12 LBesO A (1,0 Stelle), zu beschließen.

zu 8 Mitteilungen der Verwaltung

Berichterstattungen zum Thema Personalmangel in den Bereichen Bürgerservice, Kindertageseinrichtungen und Wohngeldstelle

Herr Dr. Kremer führt kurz in das Thema ein. In Abstimmung mit den jeweiligen Fachbereichen seien bereits entsprechende Maßnahmenkataloge erarbeitet worden. Verschiedenste Maßnahmen, deren Bandbreite sich vielfältig und ausgewogen darstelle, seien zwischenzeitlich durchgeführt bzw. befänden sich momentan in der Umsetzung. An dieser Stelle kündige er für die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses am 16.01.2019 eine differenzierte Berichterstattung in Form einer Vorlage zur „Evaluation des Konzeptes zur nachhaltigen Personalwirtschaft, Personalentwicklung und Personalförderung in städtischen Kindertageseinrichtungen und Offenen Ganztagschulen“ an. Tagesgenau wären 5603 Mitarbeitende bei der Stadt Aachen beschäftigt. In den letzten 3 Jahren seien im allgemeinen Verwaltungsbereich 190,0 Stellen neu eingerichtet worden. Zudem gebe es einen Neueinstellungshöchststand mit über 300 Neueinstellungen pro Jahr. Auch die Ausbildungszahlen hätten sich seit 2016 nahezu verdoppelt. Generell habe die Ausbildung eine Intensivierung erfahren. Darüber hinaus zeigten die städtischen Personalmarketingaktivitäten, hier liege der Fokus in diesem und auch im nächsten Jahren vor allem auf dem Bereich der berufsgruppenspezifischen Personalgewinnung, Erfolge und spiegelten sich in der zwischenzeitlich niedrigeren Anzahl vakanter Stellen wider. Dementgegen sei jedoch die Zunahme von Langzeiterkrankungen auffällig. Die Ursachen müssten herausgefiltert und einer entsprechenden Betrachtung unterzogen werden.

Frau Kuca berichtet, dass sich im Gegensatz zu den langen Wartezeiten zum Semesterbeginn im September des Jahres die Situation durch die Bündelung der Mitarbeiter*innen am Standort Bahnhof deutlich gebessert habe. Vom 09.10.2019 bis zum 15.11.2019 wäre der Standort Katschhof nur für Besucher*innen mit Termin zu den bis dahin geltenden Terminsprechzeiten geöffnet gewesen.

Als Entlastung sei zahlreichen Student*innen eine Bescheinigung ausgehändigt worden, dass sie bei erneuter (dem Grunde nach verspäteter) An-/Ummeldung bei Vorlage des Beleges kein Verwarngeld zahlen müssten, da dies nicht ihr Verschulden gewesen wäre. Dieses Verfahren habe zur Beruhigung und Entlastung beigetragen.

Dankenswerter Weise hätten die Bezirksämter in dieser Zeit mit zusätzlichen Sprechzeiten unterstützt. Seit dem 18.11.2019 seien am Katschhof die bis Oktober 2019 geltenden offenen Sprechzeiten in Terminsprechzeiten umgewandelt worden, sodass seitdem 52 Stunden zusätzliche Terminsprechzeit am Katschhof angeboten würden. Die wöchentlichen Auswertungen zeigten, dass aktuell Termine für in spätestens 14 Tagen verfügbar seien.

Das ausschließliche Anbieten von Terminsprechzeiten am Katschhof habe mehrere Vorteile mit sich gebracht:

- Gelenkte Besucherströme, die keinen „Rückstau“ bis zur Jakobstraße verursachten
- Alle 4 Wochen genossen die Mitarbeiter*innen im Rahmen der Rotation einen geregelten Arbeitsablauf und empfänden ein angenehmeres Gesamtarbeitsklima
- Der Katschhof, an dem maximal 5 Schalter besetzt werden könnten, müsse nicht mehr frühzeitig die Wartemarkenausgabe sperren, weil zu viele Kunden warteten, für die nicht transparent sei, dass am Bahnhof 3 Teams, aber am Katschhof nur 1 Team verortet sei/seien
- Der Katschhof als „Schaufenster“ der Verwaltung erwecke keinen überforderten Eindruck
- Der Wartebereich des Standortes am Bahnhof sei für große Besuchermengen ausgestattet
- Die Infotheke am Bahnhof sei hinter Glas und ein Sicherheitsdienst vor Ort.

Zudem weise sie darauf hin, dass nicht verkannt werden dürfe, dass ausschließliche Terminsprechzeiten für alle Standorte keine Lösung seien bzw. Terminsprechzeiten mit Bedacht festgelegt werden müssten. Bürger*innen, die zum vereinbarten Termin nicht erschienen oder Termine, die über den gebuchten Zeitrahmen hinausgingen, gebe es immer wieder. Dies senke die Effizienz von Terminsprechzeiten. Gebuchte Terminsprechzeiten telefonisch kurzfristig abzusagen sei bürgerunfreundlich und sehr aufwendig, daher würden bei Krankheitsfällen Kolleg*innen von den Schaltern am Bahnhof abgezogen, wo sich in der Folge die Wartezeiten verlängerten.

Des Weiteren fänden die Tätigkeiten des Bürgerservices nicht ausschließlich an Schaltern des Front-Office statt. Es seien auch Back-Office-Schalter zu besetzen, die sich um die zahlreichen postalischen Anfragen und Online-Aufträge kümmern müssten. Im November seien Postrückstände über einen längeren Zeitraum entstanden, da vordringlich die Front-Office-Schalter besetzt worden seien.

Grundsätzlich habe sich die Personalsituation für das Bürgeramt deutlich gebessert. Zu ihrem Amtsantritt am 01.02.2019 wären im Bürgerservice 8 Stellen und im Servicecenter Call Aachen 10 Stellen nicht besetzt gewesen. Stand heute fehle in beiden Bereichen im Abgleich mit dem Stellenplan jeweils 1 Mitarbeiter*in, wenn die 4 Kandidatinnen des November-Auswahlverfahrens bis zum 01.04.2020 die Tätigkeit bei FB 12/100 aufnehmen.

Aktuell sei der Bürgerservice seit Montag von 7 Krankheitsfällen betroffen, was auch der Jahreszeit geschuldet sei. Langzeiterkrankungen gebe es derzeit keine. Am Montag, den 2. Dezember, der als Monatsanfang oft stärker frequentiert sei, habe das bei nur 8 besetzten Schaltern ausnahmsweise wieder zu Wartezeiten -bei einer Besuchersumme ohne Terminvereinbarung von 315 Personen-. von mehr als 3

Stunden geführt. Eine halbe Stunde vor Schluss habe die Wartemarkenausgabe beendet werden müssen. Dies wäre nach den ganzen Wochen die erste vorzeitige Sperrung gewesen.

Im Vergleich dazu wären am Montag den 29.11.2019 insgesamt 12 Schalter besetzt gewesen und die längste Wartezeit habe bei insgesamt 327 Besuchern ohne Termin bei 39 Minuten gelegen. Von dem neuen System sei sie absolut überzeugt und sie hoffe sehr, dieses Modell in 2020 fortführen zu können. Perspektivisch würden dann, wenn alle Stellen besetzt und die Kolleg*innen eingearbeitet seien, alle 5 Schalter im Katschhof Terminalsprechzeiten anbieten.

Die aktuelle Einarbeitung von 5 neuen Mitarbeiter*innen binde entsprechend auch Kapazitäten bei den Einarbeitenden. In einem Auswahlverfahren wären für 5 freie Stellen 4 geeignete Bewerber*innen gefunden worden. Wenn diese nach der Personalratssitzung am 11.12.2019 das Jobangebot auch schriftlich annähmen, befinde sich FB 12/100 fast auf der Zielgeraden. Für Januar sei bereits ein weiteres Auswahlverfahren terminiert, so dass dann alle Stellen gemäß Stellenplan besetzt wären. Jedoch sei für die Einarbeitung bei Verwaltungsmitarbeiter*innen eine 6 monatige Einarbeitung notwendig. Bei Fachfremden dauere es erfahrungsgemäß etwas länger. Zurzeit warteten 2 Mitarbeiterinnen auf ihren Wechsel zu FB 56. Wenn die Fluktuationsquote verringert werden könne, stünde Ende 2020 nach langer Zeit ein komplett eingearbeiteter Bürgerservice zur Verfügung.

Da aktuell auf Einladung von Herrn Dr. Kremer gemeinsam mit den Bezirksämtern am 22.11.2019 ein Treffen stattgefunden habe, um einen Austausch herbei zu führen, wie ein möglichst konstanter Personalstamm gesichert werden und man langen Wartezeiten begegnen könne, würden auch neue Ansätze entwickelt und bestehende Maßnahmen optimiert.

1. Zeitnahe Durchführung von Auswahlverfahren

Es zeige sich immer mehr, dass es wichtig sei, möglichst frühzeitig eine verbindliche Stellenzusage und damit einhergehend eine entsprechende Arbeitsvertragsunterschrift zu sichern. Wenn die schriftliche Zusage zu lange dauere, passiere es in vielen Fällen, dass die Bewerbenden sich kurz vor Abschluss des Arbeitsvertrages anderweitig orientieren würden.

2. Jährliche Zuteilung von (fertigen) Auszubildenden

Es sei sehr wichtig, dass es bei FB 12/100 weiterhin notwendig sein werde, jährlich mindestens zwei Auszubildende, aber auch Lehrgangabsolventen, diesem Bereich zuzuordnen. Insbesondere im Hinblick auf das „Studentenquartal“ könnten die Auszubildenden und „frische“ Lehrgangabsolvent*innen eingearbeitet werden, um zumindest im Bereich der Anmeldungen „ohne jegliche Zusatzleistungen, wie z.B. Bewohnerparkausweise“ zu arbeiten.

3. Anpassung des Verwaltungslehrgangs I

Sie begrüße, dass es eine Reduzierung auf einen 150 stündigen Basiskurs geben solle, welcher die erforderliche Fortbildung im Rahmen einer modularen Qualifizierung sicherstelle.

4. „Notfallpool“

Es bestehe die Idee, einen „Notfallpool“ einzuführen. Für FB 12/100 sei denkbar, die entsprechende Unterstützung von Kolleg*innen des Servicecenters Call Aachen zu erreichen, von denen einige eine Stundenaufstockung von 25 auf 39 Stunden wünschten. Der Fachbereich Personal- und Organisation

prüfe, ob es auch andere Bereiche der Verwaltung gebe, die diesen „Notfallpool“ mit ausfüllen würden, u.a. auch für die Bezirksämter.

Herr Dr. Kremer führt ergänzend aus, dass im Rahmen des Konzepts zur nachhaltigen Personalgewinnung und -bindung auch ein besonderes Augenmerk darauf liege, die Anzahl der Quereinsteiger*innen entsprechend zu erhöhen. In Zusammenarbeit mit dem Studieninstitut bzw. anderen Trägern seien Qualifizierungsformate entwickelt und Rahmenbedingungen zur modularen Qualifizierung für Quereinsteiger*innen erarbeitet worden. Eine weitere Verbesserung zur Organisation und aktiven Steuerung von Besucherströmen und Personaleinsatz zwischen FB 12 und den Bezirken (Gegenstromprinzip) könne im Rahmen des Ausbaus der online-Terminvereinbarungen über die Einführung einer neuen Aufrufanlage erreicht werden.

Frau Begolli bemängelt, dass der Bürgerservice im Verwaltungsstandort Katschhof absolut verbaut sei. Unter anderem trügen niedrige Decken und fehlende Rückzugsmöglichkeiten vor der Bürgerschaft nicht zur Gesundheitsförderung der Mitarbeitenden bei. Sie begrüße es daher, dass bei der Realisierung des Neu- und Erweiterungsbaus an der Lagerhausstraße das Thema Gesundheit eine entsprechende Berücksichtigung finde.

Die Entscheidung der Verwaltung im Bereich Bürgerservice die „Notbremse zu ziehen“, sei gut und richtig gewesen.

Herr Hammers berichtet, dass es aktuell 3 vakante Stellen im Bereich Wohngeld gebe. Es ließe sich jedoch bereits eine Neueinstellung verbuchen. Zudem werde eine erneute Stellenausschreibung gerade auf den Weg gebracht. Hier müsse dieselbe Zielgruppe rekrutiert werden wie im Bürgerservice. Er führt weiter aus, dass durch die vielfache Öffnung von Stellenprofilen eine große Anzahl von Mitarbeitenden in Aufgabenfelder des gehobenen Dienstes hineinwachsen und diese Vorgehensweise zwangsläufig zur Ausblutung des mittleren Dienstes führe. Daneben bedinge eine hohe Fluktuation in den letzten Monaten im Bereich Wohngeld, dass nahezu ein vollständiger Austausch der Mitarbeitenden in diesem Bereich stattgefunden habe und es somit an gestandenem Personal fehle.

Frau Begolli äußert sich verwundert darüber, dass es in diesem Jahr nicht das erste Mal sei, dass die Verwaltung aufgrund der angespannten Personalsituation im Bereich Wohngeld eine Reduzierung der Öffnungszeiten aussprechen musste. Welche Schritte seien nach der ersten Schließung unternommen worden und inwieweit stelle sich hier nun wieder eine neue Situation dar?

Herr Servos erkundigt sich, wie die Verwaltung ausschliesse, dass den Wohngeldantragsteller*innen aufgrund ihres geringen Einkommens keine negativen Konsequenzen durch die verzögerte Auszahlung des Zuschusses zu den Kosten der Unterkunft entstünden; niemand dürfe durch den Personalmangel im Bereich Wohngeld seine Wohnung verlieren.

Herr Dr. Kremer führt aus, dass dem Fachbereich die angesprochene Problematik selbstverständlich bekannt sei. Zur Abwendung bzw. Behebung des akuten Notstandes seien im Austausch mit Experten und der Personalvertretung bereits vereinbarte Maßnahmen eingeleitet worden. Bestehende Rahmenbedingungen müssten grundsätzlich betrachtet und gegebenenfalls angepasst werden.

Zur Lage im Bereich der Kindertagesstätten erläutert Herr Dr. Kremer vorweg, dass, wenn man sich ausschließlich an den Berechnungsgrundlagen des Kinderbildungsgesetzes (KiBiZ) orientieren und dazu die Kontingente für Ausfallzeiten hinzunehmen würde, allerdings unter Verzicht auf zusätzliche Standards, es stellentheoretisch weniger Probleme in den Kindertageseinrichtungen gebe als aktuell

moniert werde. Allerdings löse dies jetzt nicht die praktischen Probleme. Zudem habe sich -wie eingangs bereits schon einmal erwähnt- auch im Bereich der Kindertageseinrichtungen die Anzahl der Langzeiterkrankungen auffällig erhöht. Die aktuelle Situation stelle sich schwierig dar. Wie der differenzierten Berichterstattung in der nächsten Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses zur Evaluation des Konzeptes zur nachhaltigen Personalwirtschaft, Personalentwicklung und Personalförderung in städtischen Kindertageseinrichtungen und Offenen Ganztagschulen zu entnehmen sein werde, setze die Verwaltung bereits eine Vielzahl von Maßnahmen dieses Konzeptes um.

Herr Brötz merkt ergänzend an, dass die Verwaltung sich hier in einem Spannungsfeld befinde.

Gesamtpersonalwirtschaftlich gesehen sei der Bereich sehr gut aufgestellt. Im Rahmen der Umsetzung der praxisintegrierten dreijährigen Ausbildung im Erziehungsberuf beschäftige die Stadt Aachen derzeit 43 PiA's. Hier habe man sich landesweit unter die TOP 10 etabliert. Dementgegen bestünden jedoch bei ca. zehn bzw. elf Kindertageseinrichtungen weiterhin komplexere Problemstellungen, die ad hoc nicht gelöst werden könnten. Hier müsse die Verwaltung noch einmal in eine tiefere und gezieltere Analyse gehen. Schließtage aufgrund von Erkrankungen gebe es in der Regel keine. Üblicherweise würden bei Personalengpässen Kolleg*innen aus anderen Einrichtungen gebeten zu unterstützen. Sollte dies nicht ausreichen, würden Eltern gebeten ihre Kinder zu Hause zu betreuen.

Herr Servos betont, dass eine Abordnung von Kolleg*innen in andere Einrichtungen kein guter Lösungsansatz für die betroffenen Kinder sei, da hier die emotionale Bindung der Kinder zu den jeweiligen Erzieher*innen eine große Rolle spiele. Sein Vorschlag bestehe darin, zunächst bei den Kindertageseinrichtungen ohne Spannungsfelder herauszufinden, welche Rand- bzw. Rahmenbedingungen dort zu einem reibungslosen Ablauf führten und im Weiteren zu diesen Themenfeldern beispielsweise auch in den Austausch mit freien Trägern zu treten.

Herr Brötz unterstreicht, dass die Verwaltung mit den freien Trägern bereits in einem guten Dialog stehe. Auch habe die Zahl der externen Einstellungen deutlich gesteigert werden können.

Frau Eschweiler stützt die Bestrebungen der Verwaltung, die Entwicklung der Anzahl der Langzeiterkrankungen einer genaueren Betrachtung zu unterziehen. Zudem wäre es wünschenswert, wenn die Bezirke von der Verwaltung im Vorfeld und nicht erst durch die Eltern darüber informiert würden, wenn diese gebeten würden ihre Kinder zu Hause zu betreuen. Sie bitte die Verwaltung um Findung einer gemeinsamen Lösung.

Abschließend weist Herr Hammers noch einmal darauf hin, dass der Fokus der städtischen Personalmarketingaktivitäten weiterhin auf dem Bereich der berufsgruppenspezifischen Personalgewinnung liege. Themenschwerpunkte der crossmedialen Karrierekampagne lägen auf dem Bereich der Feuerwehr, dem Bereich des Ordnungs- und Sicherheitsdienstes und Mitte des Jahres auf dem Bereich der Kindertageseinrichtungen/Offene Ganztagschulen.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Frau Parting schließt um 19:20 Uhr die Sitzung.

Daniela Parting
Ausschussvorsitzende

Kerstin Bläsius
Schriftführerin

gesehen:

Marcel Philipp
Oberbürgermeister